

Die neue politische Landkarte Lateinamerikas

Günther Maihold / Claudia Zilla

Am Ende des Jahres 2006 wird sich die politische Landkarte Lateinamerikas nachhaltig verändert haben. Zehn Wahlen stehen bevor, darunter Präsidentschaftswahlen in Brasilien und Mexiko, die nach dem heutigen Stand der Wahlumfragen einen Wechsel in der politischen Orientierung der jeweiligen Regierung erbringen werden. Trotz einer gegenläufigen Tendenz in Brasilien wird gemeinhin von einem »Linksruck« in Lateinamerika gesprochen. Aber gerade die erste Wahlentscheidung in Chile am 15. Januar mit dem Sieg der Sozialistin Michelle Bachelet und die Vereidigung des neuen Präsidenten Evo Morales in Bolivien am 22. Januar haben gezeigt, dass die Spannweite dieses Begriffs sehr groß sein muss, wenn damit ganz unterschiedliche politische Bewegungen in den einzelnen Staaten erfasst werden sollen. Gleichwohl sind in Lateinamerika grundlegende politische Neuorientierungen zu erkennen, die auch für die Partner der Region nicht ohne Folgen bleiben werden.

Der Sieg der Sozialistin Michelle Bachelet in Chile im zweiten Wahlgang mit 53,5 Prozent der Stimmen gegenüber dem Unternehmer und Kandidaten der Rechten Sebastián Piñera steht im Einklang mit den »roten Prognosen« für das Superwahljahr 2006 in Lateinamerika. Die aus vier Parteien bestehende Mitte-Links-Regierungskoalition *Concertación de Partidos por la Democracia* konnte zum ersten Mal die absolute Mehrheit in beiden Kammern erlangen.

Bachelet steht für die Kontinuität einer Politik, die die *Concertación* in Chile seit dem Übergang zur Demokratie im Jahre 1990 erfolgreich betreibt und für die sie Wahl für Wahl die Unterstützung der Bevölke-

rung bekommen hat. Die *Concertación* hält an der makroökonomischen Politik der unter Pinochet agierenden »Chicago-Boys« fest, betreibt also eine disziplinierte Haushaltspolitik und baut auf die Vorzüge der Marktwirtschaft, des Freihandels und der Weltmarktanbindung. Das Ergebnis ist eine nachhaltig hohe Wachstumsrate, die zusammen mit dem Ausbau der Sozialpolitik, zur Verbesserung der sozialen Indikatoren und zum Rückgang der Armut um 50 Prozent geführt hat. Als prioritäre Aufgabe bleibt dennoch die Reduzierung der sozialen Ungleichheit.

Mit ungleich größeren und vielfältigeren Herausforderungen konfrontiert ist der

Anführer der Coca-Bauern in Bolivien Evo Morales, der am 22. Januar sein Amt als Präsident eines – nicht zuletzt durch sein eigenes Handeln – krisengeschüttelten Landes angetreten hat.

Evo Morales siegte mit einem in der Geschichte Boliviens beispiellos hohen Stimmenanteil von knapp 54 Prozent als Kandidat der MAS (*Movimiento al Socialismo*), einer Sammlungsbewegung, die sich 2002 zum ersten Mal an Wahlen beteiligte und als politisches Instrument der indigenen Völker, der Bauern und der Minenarbeiter versteht. Die MAS setzt sich für eine »Befreiung« vom neoliberalen Modell und für die Zentralität sozialer Bewegungen im Prozess der politischen Willensbildung ein. Mit einem Kabinett, das mehrheitlich aus Indios, Bauern, Gewerkschaftlern und sozialen Aktivisten besteht, und seiner Mehrheit im Kongress will »Evo« die Gasgewinnung und -vermarktung verstaatlichen, den Coca-Anbau legalisieren, eine verfassunggebende Versammlung zur Neugründung des Landes einberufen und ein neues Entwicklungsmodell staatlich vorantreiben.

In Abgrenzung von der traditionellen politischen Elite und den diskreditierten historischen Parteien Boliviens betont Evo Morales seine Identität als *indígena* und pflegt einen politischen Diskurs, der (vor allem gegenüber den USA) die nationale Souveränität zum Prinzip ersten Ranges erhebt.

Chile und Bolivien stehen somit als aktuelle Beispiele für die Heterogenität linker Regierungen und Politik in Lateinamerika.

Der rote Bogen und die rosa Welle

Die gegenwärtige Linke Lateinamerikas konstituiert sich aus verschiedenen Gruppierungen und ideologischen Linien und umfasst politische Kräfte mit Regierungserfahrung und solche, die neu aus den sogenannten »Bewegungsparteien« hervorgegangen sind. Auf der Basis dieser Unterscheidung lassen sich grob zwei Gruppen differenzieren: Zu der einen, die als »rosa Welle« bezeichnet wird, können die Regie-

rungen in Brasilien (»Lula« da Silva), Argentinien (Néstor Kirchner), Chile (Ricardo Lagos) und Uruguay (Tabaré Vázquez) und die Präsidenten Panamas und der Dominikanischen Republik gerechnet werden. Ihr steht eine andere, radikalere Gruppe gegenüber (der »rote Bogen«), zu der der venezolanische Präsident Hugo Chávez und der kubanische Regierungschef Fidel Castro zu zählen sind und in die auch zivilgesellschaftliche Strömungen wie die argentinische Sozialbewegung der *Piqueteros* und der *Movimiento Sem Terra* der brasilianischen Landlosenbewegung eingereiht werden können. Ergänzt wird diese Gruppe durch die früheren Befreiungsbewegungen in El Salvador (FMLN) und die sandinistische FSLN in Nicaragua. Hinzu kommt die auch von Indio-Bewegungen getragene Partei (MAS) des bolivianischen Bauernführers Evo Morales, die insoweit ein neues, massenwirksames Element der Parteiengeschichte im Andenbereich darstellt.

Wenn die im Jahr 2006 bevorstehenden Wahlen in Mexiko und Nicaragua entsprechende Ergebnisse bringen, könnten schon bald mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas »links« regiert werden, insbesondere wenn der in den Umfragen führende Kandidat der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*), Andrés Manuel López Obrador, als neuer mexikanischer Präsident vereidigt würde. In Peru bewirbt sich mit Ollanta Humala ein ehemaliger Putschist um das höchste Regierungsamt. Humala propagiert ein Programm des »Etnocacerismo«, das auf eine Betonung indianischer Identitätsmuster und einen extrem nationalistischen Diskurs aufbaut und eine Ideologie der »harten Hand« verfolgt. Er hat jüngst seine Nähe zu Hugo Chávez demonstriert.

Gründe für das Aufkommen des neuen Populismus

Parallel zum Aufstieg dieser linksorientierten Regierungen verläuft der beinahe vollständige Niedergang der traditionellen Kräfte sozialdemokratischer und christ-

demokratischer Prägung im politischen Spektrum Lateinamerikas. Diese können sich nur noch in ausgewählten Ländern wie Chile oder Mexiko als tragende Pfeiler des politischen Systems behaupten. Die Bedeutung, die die Orientierung an europäischen Modellen für die Entwicklung der politischen Parteien Lateinamerikas einst hatte, ist erkennbar verblasst. Vor allem in weiten Teilen der Andenregion lösen sich überkommene Parteiensysteme auf und wandeln sich Parteien in Sammlungsbewegungen, die durch eine Führungspersonlichkeit, ethnische Identitäten oder neopopulistische Strukturen zusammengehalten werden.

Statt demokratischer Normalität treten in vielen Ländern Lateinamerikas schon überwunden geglaubte Muster populistischer Mobilisierung wieder auf. Diese Entwicklung macht vor den Kräften der »neuen Linken« nicht halt. Auch sie werden immer stärker in diesen Strudel der Abkehr von institutionellen Regeln der Demokratie hineingezogen.

Hinzu tritt das Versagen der etablierten politischen Kräfte Lateinamerikas, eine Verbesserung der sozialen Situation für breite Bevölkerungskreise zu erreichen. Die Versprechungen wurden nicht erfüllt, die Distanz zwischen den politischen und gesellschaftlichen Eliten und der Masse der Bevölkerung ist weiter gewachsen. Diese lastet die soziale Schieflage der liberalen Mehrparteiendemokratie an, die nicht die erwarteten Leistungen geliefert habe. Die Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und wirtschaftlicher Strukturanpassung, von erweiterter politischer Mitwirkung und Rückbau staatlicher Sozialleistungen hat zu negativen Ergebnissen geführt. Die ungelöste soziale Frage ist die offene Flanke der demokratischen Machtausübung, die Bewährungsprobe, an der die traditionellen Eliten auf dem Subkontinent gescheitert sind: Die in Lateinamerika angewendeten marktorientierten wirtschaftspolitischen Ansätze gerieten in offenen Widerspruch zum Demokratieverständnis lateinamerikanischer Gesellschaften, das eng mit Prin-

zipien sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Nur in wenigen Fällen wie etwa in Chile ist es in den beiden letzten Dekaden zu einer Reduzierung der Armut gekommen, in allen Ländern hat die soziale Ungleichheit zugenommen. Statt Elitenwandel steht nun ein Elitenwechsel auf der Tagesordnung, Korruption und soziale Abschottung haben einen massiven Legitimitätsverlust der traditionellen Führungsschichten bewirkt.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Allerdings stützen sich auch die neuen Kräfte auf eine sehr heterogene Basis. Beispielhaft für die Breite der inneren Strömungen der neuen Bewegungen bzw. der ihnen verbundenen Parteien steht die brasilianische *Partido dos Trabalhadores* (PT) von Präsident Luiz Inácio »Lula« da Silva. Die PT wird von Gewerkschaften (CUT), sozialen Bewegungen (Landlose, städtische Basisgruppen) und doktrinären Linken getragen, Kräften, die starken zentrifugalen Tendenzen unterworfen sind.

Zudem bewegen sich die oben genannten »Links«-Regierungen ordnungspolitisch auf völlig unterschiedlichen Bahnen: Während die chilenische Regierung mit dem sozialistischen Präsidenten Ricardo Lagos an der Spitze erfolgreich ein Offenmarktmodell mit hoher Weltmarktintegration betreibt, sind die Regierungen in Argentinien und Venezuela bemüht, neue staatszentrierte Wirtschaftskonzepte (wieder) zu erfinden, die sich an früheren Ansätzen des Entwicklungsstaats orientieren. Die Neigung, auf nationalistische Töne, indigene Wurzeln und neues indianisches Führertum zu rekurrieren, und die Haltung zur Fiskal- und Handelspolitik variiert innerhalb der beiden Gruppen erheblich.

Allerdings eint die Mehrzahl der »linken« Regierungen die Ablehnung der wirtschaftsliberalen und außenpolitischen Initiativen der US-Regierung gegenüber der Region. Diese sind insbesondere von der maßgeblichen außenpolitischen Kraft in Südamerika, der brasilianischen Regierung unter Präsident Luiz Inácio »Lula« da Silva,

gebremst worden. Der Rolle von »Lula« als Leitbild der Linken in Lateinamerika kommt dabei besondere Bedeutung zu, sein Erfolg oder Scheitern wird über die Grenzen seines Landes hinaus politische Folgen für die Attraktivität linker Politik auf dem Subkontinent zeitigen. Der gemeinsame Nenner der neuen Regierungen scheint insoweit vor allem in der negativen Position gegenüber den USA zu bestehen, die Einigung auf ein positives gemeinsames Programm dagegen wegen der extremen Differenzen unmöglich zu sein.

Die Regierungen der neuen Linken bemühen sich um eine vorsichtige Distanzierung von den amerikanischen Zielen in der Region, insbesondere von dem Projekt eines kontinentalen Freihandelssystems, das als FTAA (*Free Trade Area of the Americas*) bekannt geworden ist. Die USA haben darauf mit einer Veränderung ihrer wirtschaftspolitischen Strategie auf dem Subkontinent reagiert und versuchen, durch bilaterale Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern, insbesondere in Zentralamerika und dem Andenraum, ihr Modell einer wirtschaftlichen Kooperation weiterzuentwickeln.

Daraus ergibt sich die zweite Gemeinsamkeit der linken Regierungen des Kontinents, der offene Umgang mit dem Regime Fidel Castros. Ausschlaggebend hierfür ist weniger eine Identifizierung mit dem politischen System auf der Zuckerinsel als die romantische Idealisierung der kubanischen Revolution und ihres legendären Führers. Die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit Kuba – ein Schritt, den zuletzt der neue Präsident Uruguays Tabaré Vázquez bei seiner Amtseinführung im März 2005 vollzog – eröffnet zudem die Chance, aus Kuba schnell und für die Bevölkerung sichtbar materielle Hilfe bei der Verbesserung des Gesundheits- und Erziehungswesen zu erhalten.

Wie umgehen mit den neuen Kräften der Linken?

Der breite gesellschaftliche Rückhalt der »linken Regierungen« in Lateinamerika ist zunächst ein Signal in Richtung Washington. Die USA verlieren für die von ihnen vertretene Politik gegenüber dem Subkontinent an Boden. Aber es gilt die verschiedenen Regierungen differenziert zu betrachten: Mit den Regierungen in Brasilien, Chile und Uruguay werden sicherlich gemeinsame Perspektiven und Handlungsansätze zu entwickeln sein, hier bestehen Anknüpfungspunkte für eine Verständigung über demokratische Grundprinzipien und globale Strukturpolitik. Sehr viel enger werden die Spielräume gegenüber jenen Führungen sein, die stark populistische Züge aufweisen, wie etwa im Falle Boliviens, Venezuelas oder Perus (sollte Ollanta Humala erfolgreich sein). Hier sollte auf die Unverrückbarkeit klarer Standards gesetzt werden, wie etwa die Beachtung der Spielregeln der repräsentativen Demokratie, der Gewaltenteilung, der Pressefreiheit und Transparenz in der Regierungsführung. Ohne einen offenen Dialog über diese Standards mit den jeweiligen Regierungen läuft die Politik schnell Gefahr, in wirtschaftliche und politische Verstrickungen zu geraten, aus denen man sich nur schwer wieder lösen kann. Schließlich wird es gerade für Deutschland und Europa darauf ankommen, dass Brasilien seine aktive Nachbarschaftspolitik weiter betreibt und seine Dialogfähigkeit mit den verschiedenen Regierungen in der Andenregion bewahrt. Die Chancen eigener Einwirkung sind nach dem Rückgang des europäischen Engagements gegenüber dem Subkontinent erheblich eingeschränkt. Brasilien wird somit immer mehr zum Träger europäischer Interessenwahrung in Lateinamerika. Sollte das Schwergewicht der Region diese Stabilisierungsfunktion verlieren, so könnte dies nachhaltige Folgen für die Entwicklung des Subkontinents haben, der seinen Weg ohne externe Einmischung beschreiten will.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364